

Klaus Klemm

Finanzierung und Ausstattung der deutschen Grundschulen
Gutachten im Auftrag des Grundschulverbandes e.V.

Essen, Juni 2016

Das folgende im Auftrag des Grundschulverbandes erstellte Kurzgutachten verfolgt das Ziel, die öffentlichen Ausgaben, die im Bereich der Grundschulen je Schülerin und Schüler getätigt werden,

- nach Ausgabenarten,
- im zeitlichen Verlauf,
- länderspezifisch,
- im Vergleich zu den allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufen sowie
- im internationalen Vergleich darzustellen.

Darüber hinaus soll gleichfalls länderspezifisch untersucht werden, wie sich diese öffentlichen Ausgaben

- in den Stundentafeln der Grundschulen,
- in den je Schülerin bzw. Schüler sowie je Klasse erteilten Unterrichtsstunden,
- in den Klassenfrequenzen sowie
- in den Relationen je Schüler

widerspiegeln. Auch in diesem Untersuchungsfeld soll da, wo dies auf der Grundlage belastbarer Daten möglich ist, der Vergleich mit den Sekundarstufenschulen und mit den Schulen anderer Staaten versucht werden.

1. Öffentliche Ausgaben für Grundschulen

„Die individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung wird in einem beträchtlichen Maße von den Ausgaben für Bildung und Forschung beeinflusst. Daher sind die Verbesserung der Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzmitteln, deren Verteilung auf die einzelnen Bildungsbereiche und die Finanzierung durch Bund, Länder und Gemeinden und den privaten Bereich wichtige Aspekte in der bildungspolitischen Diskussion.“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014, S. 34)

Vor dem Hintergrund dieser Sätze, mit denen im Bildungsbericht ‚Bildung in Deutschland 2014‘ der Abschnitt ‚Bildungsausgaben‘ eingeleitet wird, sollen im ersten Abschnitt der hier vorgelegten kleineren Analyse der ‚Finanzierung und Ausstattung der deutschen Grundschulen‘ die öffentlich getätigten Ausgaben für die öffentlichen Grundschulen dargestellt werden. Die Beschränkung auf die öffentlichen Ausgaben ist vertretbar, da Grundschulen in Deutschland (sieht man von wenigen privaten Angeboten, die 2014/15 von 3,4 Prozent aller Grundschülerinnen und -schüler besucht werden, ab – Statistisches Bundesamt 2015a, S. 23) grundsätzlich gebührenfrei sind und da die privaten Ausgaben – überwiegend für Lernmittel und im wachsenden Umfang auch für Nachhilfeunterricht (Klemm/Hollenbach-Biele 2016) – nur einen kleinen Anteil der Ausgaben für Grundschulen ausmachen.

Der im Folgenden herangezogene Indikator für Bildungsausgaben im Grundschulbereich sind die jährlichen Ausgaben je Schülerin und Schüler. Diese Ausgaben werden in den Tabellen 1 und 2 für das Jahr 2013, dem letzten Jahr, für das derzeit Daten des Statistischen Bundesamtes vorliegen, berichtet. In diesem Jahr 2013 wurden in Deutschland insgesamt je Schülerin und Schüler der öffentlichen Grundschulen (in Berlin und Brandenburg der Jahrgangsstufen eins bis vier) 5.600 Euro öffentlich verausgabt. Hinter diesem Durchschnittswert steht eine beachtliche Spannweite der je Schülerin und Schüler eingesetzten Ausgaben: Diese reicht von 4.800 Euro in Nordrhein-Westfalen bis zu 8.700 Euro in Hamburg. Auch wenn man den ‚Spitzenreiter‘ Hamburg nicht in den Vergleich einbezieht, bleibt eine Spannweite, die von 6.500 Euro in Bayern, Berlin, Sachsen-Anhalt und Thüringen bis zu dem nordrhein-

westfälischen Wert von 4.800 Euro immerhin noch 1.700 Euro ausmacht. Das Statistische Bundesamt bietet in seiner Veröffentlichung ‚Bildungsausgaben – Ausgaben je Schülerin und Schüler 2013‘ Erklärungen für die Länderunterschiede an. Dort heißt es:

„Unterschiede in der Höhe der Ausgaben je Schülerin und Schüler zwischen den Schularten und den Bundesländern können vor allem zurückgeführt werden auf:

- unterschiedliche Schüler-Lehrer-Relationen
- differierende Pflichtstundenzahlen der Lehrkräfte
- unterschiedliche Klassengrößen und Schulstrukturen (z.B. Ganztagsbetreuung)
- abweichende Besoldungsstrukturen und –niveaus
- Unterschiede in der Ausgestaltung der Lernmittelfreiheit
- Unterschiede in der zeitlichen Verteilung und Höhe von Investitionsprogrammen
- Unterschiede im Gebäudemanagement.“ (Statistisches Bundesamt 2016, S. 5)

Auf einzelne der hier angesprochenen Aspekte wird im Folgenden noch zurückzukommen sein. Zuvor aber sollen die Ausgaben je Grundschülerin und –schüler im Zeitverlauf betrachtet werden: Dazu liegen Angaben des Statistischen Bundesamtes seit 2000 vor. Vergleichbare Angaben aus davor liegenden Jahren sind länderspezifisch nicht verfügbar. Wenn man die Entwicklungsdaten in Tabelle 1 betrachtet, so ist eine deutliche Steigerung der Ausgaben unverkennbar: 2000 wurden im Bundesdurchschnitt für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler 3.600 Euro und 2013 dann 5.600 Euro öffentlich ausgegeben. Dies entspricht einer Steigerung auf 155,6 Prozent (vgl. dazu Tabelle 2). Auch wenn man berücksichtigt, dass ein Teil der Ausgabensteigerung auf Preissteigerungen zurückgeführt werden muss, bleibt ein unverkennbarer Ausgabenzuwachs: Wenn die Ausgaben für 2000 – orientiert am Verbraucherpreisindex – in Preise von 2013 umgerechnet werden (vgl. Tabelle 1), bleibt im Bundesdurchschnitt ein Zuwachs von 4.439 Euro (2000 in Preisen von 2013) auf 5.600 Euro im Jahr 2013, ein Zuwachs also auf 126,2 Prozent.

Der Zuwachs der Bildungsausgaben je Grundschülerin und -schüler findet sich auf unterschiedlichem Niveau und in unterschiedlicher Stärke in allen sechzehn Bundesländern. Wenn man diesen Zuwachs ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung zwischen 2000 und 2013 in den Blick nimmt, so zeigt sich, dass bei der bundesdurchschnittlichen Steigerung auf 155,6 Prozent der stärkste Zuwachs in Brandenburg (auf 182,2%) und der schwächste in Nordrhein-Westfalen auf nur 141,2 Prozent erfolgt ist (vgl. Tabelle 2). 2000 lag das aktuelle ‚Schlusslicht‘ Nordrhein-Westfalen mit damals 3.400 Euro noch dicht an dem damaligen Bundesdurchschnitt von 3.600 Euro und vor z.B. Baden-Württemberg, während Nordrhein-Westfalen 2013 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Wenn man die schülerbezogenen Ausgaben im Grundschulbereich mit denen für die unterschiedlichen weiterführenden allgemein bildenden Schulen vergleicht, so gilt von ganz wenigen Ausnahmen (insbesondere von Ausnahmen in Hamburg) abgesehen, dass die Ausgaben für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II höher als für die der Grundschulen liegen: Dem bundesdurchschnittlichen Grundschulwert von 5.600 Euro standen 2013 in den Realschulen 5.900 Euro, in den Gymnasien und Gesamtschulen jeweils 7.500 Euro und in den Schulen mit mehreren Bildungsgängen 7.700 Euro gegenüber (vgl. Tabelle 1). Im Gymnasium, der einzigen Schulform, die es (sieht man von den Grundschulen und einzelnen Förderschulen ab) in allen Bundesländern gibt, liegen die Ausgaben je Schülerin und Schüler im Bundesdurchschnitt mit 7.500 Euro um 1.900 Euro höher als in den Grundschulen. Auch in den weiterführenden Schulen treffen wir auf eine große

länderspezifische Ausgabenspreizung. Im Gymnasium z.B. reicht diese von 6.400 Euro in Schleswig-Holstein bis hin zu 9.100 in Bayern.

Unbeschadet der länderspezifischen Unterschiede bei den Ausgaben je Schülerin und Schüler ist es bemerkenswert, dass die prozentuale Steigerung der Ausgaben in den Grundschulen mit 155,6 Prozent höher als in den Realschulen (137,2%), in den Gesamtschulen (138,9%) und in den Gymnasien (144,2%) ausgefallen ist. Nur in den vergleichsweise ‚jungen‘ Schulen mit mehreren Bildungsgängen liegt die Steigerung mit 179,1 Prozent höher als in den Grundschulen. Diese Beobachtung der schwächer ausgeprägten Ausgabensteigerung in den weiterführenden Schulen gilt von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen in den Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen aller Bundesländer.

2. Öffentliche Ausgaben für Grundschulen im internationalen Vergleich

Seit vielen Jahren bietet die OECD-Publikation ‚Bildung auf einen Blick‘ die Möglichkeit, bildungsstatistische Kennziffern einzelner Staaten miteinander zu vergleichen. Diese Möglichkeit besteht auch für die in der hier vorgelegten Analyse betrachtete Kennziffer ‚öffentliche Ausgaben je Schüler‘ – allerdings bezogen auf die Schülerinnen und Schüler öffentlicher und privater Schulen. In der aktuellen Ausgabe ‚Bildung auf einen Blick 2015‘ (OECD 2015) werden die Ausgaben je Schülerin und Schüler für die Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufen I und II, allerdings nicht für 2013, sondern für 2012 berichtet.

Bevor die dazu von der OECD mitgeteilten Daten betrachtet werden, muss ein wichtiger Hinweis gegeben werden: Die von der OECD mitgeteilten Ausgaben der einzelnen Staaten werden in Dollar angegeben, wobei der je Land mitgeteilte Dollarwert sich nicht aus aktuellen Wechselkursen ergibt, sondern auf der Grundlage eines kaufkraftbereinigten Wechselkurses. Die OECD schreibt dazu erklärend: „Die Kaufkraftparitätsumrechnungskurse (KKP) sind die Währungsumrechnungskurse, die die Kaufkraft verschiedener Währungen ausgleichen. Dies bedeutet, dass man mit einer bestimmten Geldsumme, wenn sie anhand der KKP-Kurse in die verschiedenen Währungen umgerechnet wird, in allen Ländern den gleichen Waren- und Dienstleistungskorb erwerben kann. Daher werden durch Verwendung der KKP-Währungsumrechnungskurse die Preisniveau-Unterschiede zwischen den Ländern aufgehoben.“ (OECD 2015, S. 716) Für das Bezugsjahr 2012 geht die OECD in ihren Berechnungen davon aus, dass in Deutschland 0,7856 Euro der Kaufkraft eines US-Dollars entspricht (OECD 2015, S. 703).

Diese unterstellte Parität orientiert sich an dem in Deutschland durchschnittlichen Preisniveau eines Waren- und Dienstleistungskorbs im Vergleich zu dem Preisniveau vergleichbarer Waren und Dienstleistungen in den USA. Da bei Bildungsausgaben insbesondere die Personalausgaben ins Gewicht fallen, kann die Orientierung an einem ‚Korb‘, der aus Waren- und Dienstleistung zusammengesetzt ist, dazu führen, dass z.B. die Ausgaben je Schülerin und Schüler, die in US-Dollar (KKP-Kurse) angegeben werden, bei einer Rückrechnung in Euro mit Hilfe der unterstellten Kaufkraftparität nicht den Euro-Beträgen entspricht, die vom Statistischen Bundesamt mitgeteilt werden. So berichtet die OECD (vgl. Tabelle 3), dass 2012 in Deutschland im Primarbereich je Schülerin oder Schüler 7.749 US-Dollar (KKP) öffentlich verausgabt wurden. Bei Rückrechnung in Euro mit der oben angegebenen Kaufkraftparität von 0,7856 ergibt sich eine Ausgabe je Schülerin und Schüler von 6.088 Euro. Das Statistische Bundesamt berichtet dagegen für 2012 einen Betrag je Schulkind in den Grundschulen Deutschlands von 5.400 Euro (Statistisches Bundesamt 2015b, S. 8).

Der Hinweis auf die auf diese Weise hergestellte Vergleichbarkeit von Ausgaben sowie auf eine Schwachstelle des dabei zur Anwendung kommenden Verfahrens muss noch durch einen

weiteren Hinweis ergänzt werden. Die Anzahl der Jahrgangsstufen, die dem Primarbereich zugerechnet werden, reicht in den OECD-Staaten von vier Jahren (wie mit der Ausnahme von Berlin und Brandenburg in den Ländern der Bundesrepublik) bis zu sieben Jahren in Dänemark, Island und Norwegen. In nahezu allen Ländern steigen die jährlichen Ausgaben je Schüler mit den Jahrgangsstufen an, insbesondere dadurch verursacht, dass die Zahl der wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden bei den älteren höher als bei den jüngeren Schülerinnen und Schülern liegt. Daraus ergibt sich, dass der durchschnittliche jährliche Ausgabenansatz je Schülerin und Schüler aufgrund der höheren Ausgaben in den Jahrgangsstufen fünf, sechs und sieben in Schulsystemen mit fünf-, sechs- oder siebenjähriger höher als in solchen mit z.B. vierjähriger Grundschulzeit ist. Aus diesem Grund berichtet das Statistische Bundesamt in seinen Berechnungen für Berlin und Brandenburg die Ausgaben je Schülerin und Schüler für die innerdeutsche Vergleichbarkeit nur als Durchschnittssatz für die Jahrgangsstufen eins bis vier.

Für den im Folgenden angestellten internationalen Vergleich (vgl. die Tabellen 3a und 3b) wurden daher die Ausgaben je Schülerin und Schüler, die die OECD für den Primarbereich berichtet, so korrigiert, dass nur Ausgaben für tatsächliche oder fiktive vierjährige und alternativ für tatsächliche oder fiktive sechsjährige Systeme verglichen werden. Dazu wurde z.B. für Deutschland wie folgt verfahren: Die OECD gibt für das vierjährige Grundschulsystem Deutschlands einen Jahresansatz von 7.749 US-Dollar (in Kaufkraftparität umgerechnet: 6.095 Euro) und für die Schulen der Sekundarstufe I von 9.521 US-Dollar (in Kaufkraftparität umgerechnet: 7.488 Euro) an. Um diese Ausgaben je Schülerin und Schüler international vergleichbar zu machen, wurden in der ersten Variante die Ausgaben aller Länder auf vierjährige Grundschulsysteme umgerechnet. Dabei wurde bei sechsjährigen Systemen z.B. im Fall Australiens so verfahren, dass der Ausgabensatz je Jahrgang (7.705 US-Dollar) mit sechs multipliziert wurde und dass davon zwei Jahresausgabensätze der Sekundarstufen I-Schulen (10.574 US-Dollar) abgezogen wurden und dass dann das verbleibende Ausgabenvolumen durch vier dividiert wurde (vgl. Tabelle 3a). In einer zweiten Variante wurden die Jahresausgaben auf sechsjährige Primarstufensysteme umgerechnet. Dazu wurden z.B. im Fall Deutschlands vier Jahresansätze in Höhe von 7.749 US-Dollar und zwei in Höhe von 9.521 US-Dollar aufaddiert und dann durch die Zahl von sechs Jahrgängen dividiert (vgl. Tabelle 3b).

Dies führt für Deutschland bei der Umrechnung in vierjährige Primarstufensysteme (Tabelle 3a) dazu, dass 2012 die Höhe der Jahresausgaben je Schüler bei den berichteten 7.749 US-Dollar verblieb (6.095 Euro) und bei einem Durchschnittssatz aller OECD-Länder in Höhe von 7.682 US-Dollar (6.035 Euro) geringfügig oberhalb dieses Durchschnittssatzes lag. Auch wenn der deutsche Ausgabensatz in Folge der hier beschriebenen Anpassung aller OECD-Länder an vier Schuljahrgänge ganz leicht überdurchschnittlich ist, darf doch nicht übersehen werden, dass Deutschland auch bei einem - was die einbezogenen Jahrgänge angeht - ‚fairen‘ Vergleich deutlich weniger je Grundschülerin und -schüler ausgibt als z.B. Länder wie Österreich, Belgien, Dänemark, Island, Norwegen, Slowenien, Schweden, die Schweiz, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten, die allesamt mehr als 8.500 US-Dollar (6.678 Euro), je Schülerin und Schüler ausgeben.

Noch eine weitere Beobachtung ergibt sich aus den internationalen Daten: Wenn man die jährlichen Bildungsausgaben je Schülerin und Schüler im Primarbereich (bei Anpassung auf vierjährige Systeme) mit denen im Sekundarbereich I vergleicht, so liegen die deutschen Sekundarstufen I-Ausgaben je Schülerin und Schüler bei 122,9 Prozent der Primarbereich-Ausgaben. Damit befindet sich Deutschland dicht bei dem OECD-Durchschnitt, der bei 125,3 Prozent liegt (vgl. Tabelle 3a).

3. Öffentliche Ausgaben nach Ausgabenarten in Deutschland und im internationalen Vergleich

Die Bildungsausgaben für öffentliche Schulen setzen sich aus Ausgaben für das Personal im Bildungsbereich (also überwiegend für die Lehrkräfte), aus Ausgaben für den laufenden Sachaufwand (überwiegend für Lehr- und Lernmittel) sowie aus Ausgaben für Investitionen (vor allem Schulbauten) zusammen. Bei der Zuordnung dieser Ausgaben zu den einzelnen Schülerinnen und Schülern muss hinsichtlich der investiven Ausgaben darauf aufmerksam gemacht werden, dass bei deren Ermittlung alle investiven Ausgaben eines Jahres durch die Gesamtzahl aller Schülerinnen und Schüler dieses Jahres dividiert wird. Dies erklärt die auf den ersten Blick sehr niedrigen Ausgaben je Schülerin und Schüler, da die überwiegende Zahl von ihnen in Gebäuden unterrichtet wird, die in früheren Jahren errichtet wurden. Die Abschreibung dieser Ausgaben früherer Jahre wird bei der kameralistischen Buchführung der öffentlichen Bildungshaushalte aber nicht einbezogen.

Das Statistische Bundesamt teilt die drei hier angesprochenen Ausgabenarten (Personal, laufender Sachaufwand und Investitionen) nicht schulstufenspezifisch mit (vgl. Tabelle 4). Für alle allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen zusammen gilt, dass die Personalausgaben mit Abstand die höchsten Ausgaben sind – gefolgt von den Ausgaben für den laufenden Sachaufwand und für Investitionen. Um gleichwohl grundschulspezifische Werte zu erhalten, kann auf die OECD-Daten zurückgegriffen werden. Aus Tabelle 5 ist ersichtlich, dass sich die jährlichen Bildungsausgaben Deutschlands im Primarbereich zu 77 Prozent aus Personalausgaben, zu 16,7 Prozent aus Ausgaben für den laufenden Sachaufwand und zu 6,3 Prozent aus investiven Ausgaben zusammensetzen. Damit liegt Deutschland dicht bei den OECD-Durchschnittswerten, die bei 73,3 Prozent für Personal, bei 19,2 Prozent für den laufenden Sachaufwand und bei 7,1 Prozent für Investitionen liegen. Auffallend ist, dass einzelne Länder (wie z.B. Finnland mit seinem im internationalen Vergleich erfolgreichen Schulsystem) deutlich niedrigere Personalausgabenanteile und deutlich höhere Ausgabenanteile für den laufenden Sachaufwand aufweisen (Finnland: 60,3% Personalausgaben, und 32,8% Ausgaben für den laufenden Sachaufwand).

4. Wöchentliche Pflichtstunden und Unterrichtszeit insgesamt in Deutschland und im internationalen Vergleich

Ein Blick in Tabelle 6, in der die Wochenpflichtstunden der Grundschülerinnen und -schüler im Ländervergleich dargestellt sind, zeigt, dass die Länder mit ihren Bildungsausgaben in ihren Vorgaben für die Stundentafeln durchaus unterschiedliche Volumina finanzieren: Die Spannweite der Wochenpflichtstunden, die in der Summe der Jahrgangsstufen eins bis vier (also bei Außerachtlassung der Stufen fünf und sechs in Berlin und Brandenburg) in den Ländern vorgegeben werden, reicht von 92 Stunden in Berlin und Schleswig-Holstein bis hin zu 104 Stunden in Bayern und sogar 108 Stunden in Hamburg. Der Unterschied von 16 Wochenstunden, der zwischen den beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg besteht, entspricht der Unterrichtszeit von mehr als einem halben Schuljahr.

Ein Vergleich zwischen den Wochenpflichtstunden im Primarbereich mit denen im Sekundarbereich I fällt schwer, da die Schulen der Sekundarstufe I in einzelnen Ländern und in einzelnen Schulformen fünf oder sechs Jahrgangsstufen umfassen und da darüber hinaus die schulstrukturelle Zersplitterung, die die Sekundarstufe I deutschlandweit kennzeichnet, einen Vergleich Primarstufe/Sekundarstufe I unmöglich macht. In Tabelle 6 wurden daher je Land nur die Wochenpflichtstunden der Schulformen berichtet, die sechs Jahrgangsstufen verbindlich vorsehen (in Berlin und Brandenburg einschließlich der beiden letzten Jahrgangsstufen der sechsjährigen Grundschulen). Zur Herstellung von Vergleichbarkeit

wurde sodann das jeweils je Land höchste Wochenpflichtstundenvolumen herangezogen. Verglichen wurde dann der in den Grundschulen je Jahrgangsstufe durchschnittliche Wert (für Deutschland insgesamt also der Wert von 24,2 Wochenstunden) mit dem je Jahrgangsstufe ermittelten Durchschnittswert der Sekundarstufe I (also für Deutschland insgesamt 31,0 Wochenstunden).

Das Ergebnis dieses Schulstufenvergleichs ist für Deutschland insgesamt trivial: In allen Bundesländern liegt die Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden im Durchschnitt der Jahrgangsstufen in der Sekundarstufe I deutlich höher als in der Primarstufe. Aber hinsichtlich dieses Unterschiedes finden sich durchaus länderspezifische Ausprägungen. So ist der Unterschied in Berlin mit 23 Wochenpflichtstunden in der Grundschule (92 geteilt durch vier) und 31,2 in der Integrierten Sekundarstufe I (187 geteilt durch sechs) erheblich höher als in Hamburg, wo in der Grundschule 27 (108 geteilt durch vier) und in der Stadtteilschule 30,8 (185 geteilt durch sechs) Wochenpflichtstunden vorgesehen sind: In Berlin liegt der schulstufenspezifische Unterschied damit bei 8,2, in Hamburg dagegen bei nur 3,8 Wochenstunden.

Um die für Deutschland berichteten Werte zur Unterrichtszeit mit den von der OECD mitgeteilten Werten vergleichen zu können, bedarf es wiederum einiger Anpassungen:

- In den OECD-Statistiken wird die Unterrichtszeit für die Schulen des Primarbereichs insgesamt angegeben – ohne Berücksichtigung der in den Primarstufen der OECD unterschiedlichen Zahl der Jahrgangsstufen. Deshalb wurden die Werte in zwei Varianten auf eine vier- bzw. auf eine sechsjährige Primarstufe umgerechnet (vgl. dazu Tabelle 7): Bei der Umrechnung auf die ersten vier Primarstufenjahre wurden bei Ländern mit fünf-, sechs- oder siebenjähriger Primarstufe die Unterrichtszeit von ein, zwei bzw. drei durchschnittlichen Unterrichtszeiten der Jahrgänge der Sekundarstufe I abgezogen. Bei der Umrechnung auf sechsjährige Primarstufensysteme wurde bei Ländern mit vierjährigen Systemen die Unterrichtszeit von zwei Jahrgängen, bei Ländern mit fünfjährigen Primarstufensystemen von einem Jahrgang der Sekundarstufe I hinzugerechnet; bei Ländern mit siebenjährigen Systemen wurde die Unterrichtszeit von einem Jahrgang der Sekundarstufe I abgezogen. Es zeigt sich, dass die Unterrichtszeit im Länderdurchschnitt der vierjährigen Grundschule Deutschlands von 2.814 Zeitstunden deutlich niedriger ausfällt als die des Durchschnitts aller OECD-Länder (3.037 Zeitstunden).
- Die Unterrichtszeiten, die in den OECD-Daten vorgestellt werden, beziehen sich auf das gesamte Schuljahr und nicht wie die der KMK auf die einzelne Unterrichtswoche.
- Die OECD-Angaben sind Angaben in Zeitstunden, die der KMK in 45-Minuten-Unterrichtsstunden (sieht man von Rheinland-Pfalz ab, deren Stundenangaben aber bereits seitens der KMK in 45-Minuten-Unterrichtsstunden umgerechnet wurden).

Wenn man feststellen will, ob die OECD-Angaben für Deutschland plausibel sind, kann man folgendermaßen verfahren: Die wöchentliche Unterrichtszeit liegt im Durchschnitt der Jahrgangsstufen eins bis vier der Grundschulen Deutschlands bei 96,9 45-Minuten-Unterrichtsstunden (vgl. Tabelle 6). Bei 39 Unterrichtswochen je Jahr ergibt dies eine jährliche Unterrichtszeit von 3.779,1 45-Minuten-Unterrichtsstunden. Die Umrechnung in Zeitstunden führt zu dem Wert 2.834, der sehr dicht bei dem von der OECD für Deutschland berichteten Wert 2.814 liegt.

Ein Vergleich des für Deutschlands vierjährige Grundschulen in der OECD-Statistik angegebenen Unterrichtsvolumens in Höhe von 2.814 Zeitstunden mit dem sich nach einer

Umrechnung in Primarstufenschulen mit vier Jahrgangsstufen ergebenden Durchschnittswertes aller OECD-Länder von 3.037 Zeitstunden zeigt, dass Deutschland deutlich unterhalb dieses Durchschnitts liegt (vgl. Tabelle 7). Der Vergleich zeigt darüber hinaus auch, dass eine größere Zahl von Ländern für die ersten vier Jahrgänge Werte erreicht, die deutlich oberhalb des OECD-Durchschnittswertes liegen. Länder wie Australien (4.000), Kanada (4.097), Chile (4.097), Irland (3.620), Israel (3.785), Luxemburg (3.854), die Niederlande (3.640) und die Vereinigten Staaten (3.780) erreichen allesamt Werte, die oberhalb von 3.500 Zeitstunden Unterricht liegen.

5. Erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler sowie je Klasse, Schüler je Stelle Relationen und Klassenfrequenzen

Die im vorangehenden Abschnitt berichteten Unterrichtszeiten geben das Pflichtvolumen an. Die dabei mitgeteilten Werte sind geringer als die Werte der Unterrichtsstunden, die tatsächlich je Klasse unterrichtet werden – u.a. auch wegen Unterrichtsangeboten, bei denen eine Lerngruppe in zwei oder mehr Untergruppen aufgeteilt wird, oder für Unterrichtsphasen, in denen mehr als eine Lehrkraft mit einer Gruppe arbeitet. Tabelle 8 ergänzt die bisher gelieferten Informationen daher um die je Schüler und je Klasse wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden.

Im Schuljahr 2014/15 wurden in Deutschlands Grundschulen wöchentlich je Schülerin oder Schüler 1,46 Unterrichtsstunden erteilt (vgl. Tabelle 8) – bei wiederum erheblichen Länderunterschieden, die von 1,36 Lehrerwochenstunden in Nordrhein-Westfalen bis hin zu 1,81 in Hamburg reichen. Aufgrund der von Land zu Land unterschiedlichen Klassengrößen führt dies zu einem anderen Länderbild, wenn man die wöchentlich je Klasse erteilten Unterrichtsstunden betrachtet. Hierzu zeigt Tabelle 8, dass im deutschen Durchschnitt in den Grundschulen 2014/15 30,3 Wochenstunden erteilt wurden – aus den genannten Gründen deutlich mehr als die in den Vorgaben zu den Wochenpflichtstunden geforderten 24,2 Stunden (vgl. Tabelle 6). Die Spannweite reicht hier von 26,7 in Baden-Württemberg bis zu 36,1 in Hamburg. Nordrhein-Westfalen ist auf Grund seiner im Bundesländervergleich hohen Klassenfrequenz (vgl. Tabelle 9) mit 31,5 nicht mehr Schlusslicht, sondern leicht oberhalb des bundesdurchschnittlichen Wertes. Im Vergleich zur Grundschule erhalten die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I deutlich mehr Unterricht je Schüler bzw. Schülerin (1,6) und auch je Klasse (38,5) – ebenfalls mit einer deutlichen Spannweite zwischen den Ländern.

Zu berichten bleiben noch die Schüler-je Stelle-Relationen und die Klassenfrequenzwerte der einzelnen Bundesländer (vgl. Tabelle 9). Hinsichtlich der Schüler-je Stelle-Relationen findet sich bei einem Durchschnittswert für Deutschland von 16,3 eine Spannweite, die von 13,3 in Hamburg bis zu 17,6 in Baden-Württemberg reicht. Diese Relationswerte sind ungünstiger als die der Sekundarstufe I, wo sie 2014/15 bei einem deutschen Durchschnitt von 13,9 von 11,2 in Thüringen bis zu 14,8 in Rheinland-Pfalz gehen. Die günstigeren Werte in der Sekundarstufe I sind erforderlich, da die Schülerinnen und Schüler dieser Schulstufe mehr Unterrichtsstunden erhalten als die der Primarstufe. Umgekehrt finden sich in der Grundschule Klassengrößen, die deutlich kleiner sind als die der Sekundarstufen I-Schulen (vgl. Tabelle 9): Sie reichen 2014/15 bei einem Durchschnittswert von 20,7 (Sekundarstufe I: 24,1) von 18,3 in Rheinland-Pfalz bis zu 23,1 in Nordrhein-Westfalen (Sekundarstufe I: 20,7 in Mecklenburg-Vorpommern und 26,2 in Nordrhein-Westfalen).

Ein Blick auf die Entwicklung der hier berichteten Werte im Zeitverlauf von 1992 bis 2014 soll diesen Abschnitt abschließen (vgl. noch einmal die Tabellen 8 und 9). In der Grundschule stoßen wir bei den Indikatoren erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler sowie je Klasse, bei den Schüler-je Stelle-Relationen und bei den Klassenfrequenzen auf ein gleich

bleibendes Bild: In den Jahren zwischen 1992 und 2000 stagnieren diese vier Werte, in den Jahren zwischen 2000 und 2014 kommt es dann zu unverkennbaren Verbesserungen. Auf das gleiche Muster stoßen wir auch bei den entsprechenden Indikatoren im Sekundarbereich I. Ein Blick auf die Entwicklung der Schülerzahlen (vgl. Tabelle 10) bietet eine Erklärung für diesen Befund: Von 1992 bis 2000 sind die Zahlen der Schülerinnen und Schüler in der Grundschule nur geringfügig kleiner geworden, in der Sekundarstufe I sind sie in diesem Zeitraum noch stark angestiegen. Nach 2000 sind diese Zahlen dann jedoch in beiden Schulstufen deutlich zurückgegangen, so dass die demographische Entwicklung nach 2000 Spielraum bot für Verbesserungen bei der Zuweisung von Lehrkräften an die Schulen.

6. Ergebniszusammenfassung

Der bildungsökonomische und -statistische Blick auf die Finanzierung und die Ausstattung der Grundschulen in den sechzehn Bundesländern hat zuallererst gezeigt, dass es bei den Ausgaben je Schülerin und Schüler eine erhebliche Spannweite gibt: Bei einem deutschlandweiten Durchschnittswert von 5.600 Euro findet sich in den Grundschulen eine Spannweite, die von 4.800 Euro bis zu 8.700 Euro reicht. Im internationalen Vergleich liegt der bundesdurchschnittliche Wert für die ersten vier Grundschuljahrgänge von kaufkraftbereinigt 7.749 US-Dollar (6.088 Euro) leicht oberhalb des Durchschnitts aller OECD-Staaten (7.682 US-Dollar – 6.035 Euro), aber weit hinter einer Reihe von Ländern, die jährlich mehr als 8.500 US-Dollar (6.678 Euro) je Schüler verausgaben (z.B. Österreich mit 9.563 US-Dollar – 7.513 Euro) oder die Schweiz mit sogar 12.649 US-Dollar (9.937 Euro). In den Jahren von 2000 bis 2013 haben sich in Deutschland die öffentlichen Ausgaben je Schülerin und Schüler von 3.600 Euro auf 5.600 Euro, also auf 155,6 Prozent erhöht. In Preisen von 2013 entspricht dies einer Steigerung von 4.439 auf 5.600 Euro, also auf 126,5 Prozent. Diese Steigerung war in der Grundschule stärker als in den weiterführenden Schulen ausgeprägt.

Bei einer näheren Betrachtung der Indikatoren für die Lehr-, Lern- und Arbeitsbedingungen in Deutschlands Grundschulen ergibt sich wiederum das Bild einer zum Teil großen Streuung um den jeweiligen Mittelwert:

Bei den wöchentlich vorgeschriebenen Pflichtstunden reicht die Bandbreite bei dem deutschen Mittelwert 96,9 von 92 bis zu 108 Wochenpflichtstunden. Dieser Unterschied von 16 Wochenstunden entspricht mehr als einem halben Jahr Grundschulunterricht. Mit diesem Pflichtstundenvolumen liegt Deutschland in der Summe der ersten vier Grundschuljahre bei einer Umrechnung in Zeitstunden (2.814) unterhalb des Durchschnitts aller OECD-Staaten (3.037), wird zugleich aber von einer Reihe der OECD-Staaten deutlich übertroffen (so z.B. von den Niederlanden mit 3.640 Zeitstunden).

Auch bei den wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden, die sich aus den Stunden für den Pflichtunterricht sowie z.B. aus Klassenteilungen oder auch aus Doppelbesetzungen im Unterricht ergeben, stößt man bei Deutschlands Ländern wiederum auf eine bemerkenswerte Bandbreite um den Mittelwert von 30,3 Stunden je Klasse: Sie reicht von 26,7 bis zu 36,1 Wochenstunden je Klasse. Die hier angeführten Ausgaben- und Ausstattungswerte spiegeln sich auch in den Klassenfrequenzen, die bei dem Durchschnittswert 20,7 von 18,3 bis zu 23,1 reichen.

7. Einige Hinweise zum Schluss: Was die Datenanalyse nicht zeigt

Die in der hier vorgelegten Studie zur Finanzierung und Ausstattung der Grundschulen in Deutschland bezieht sich überwiegend – soweit nicht der Blick ins Ausland gewendet wird – auf Daten des Statistischen Bundesamtes, einzelner Statistischer Landesämter und der

Kultusministerkonferenz, also auf hoch aggregierte Daten. Abschließend soll daher auf einige bedeutsame Aspekte verwiesen werden, die bei dieser Datenbasis unberücksichtigt bleiben.

- **Starke regionale Unterschiede prägen die Situation in den Bundesländern**

Alle in dieser kleineren Untersuchung behandelten Indikatoren wurden auf der Bundes- und auf der Länderebene vorgestellt und analysiert. Eine belastbare Datengrundlage für die Ebene der Kreise und kreisfreien Städte gibt es nicht. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch innerhalb der Bundesländer starke regionale Ausdifferenzierungen zumindest bei einem Teil der herangezogenen Indikatoren gibt. Dies kann durch einige wenige Hinweise aus einzelnen Bundesländern exemplarisch belegt werden:

- Für das Schuljahr 2014/15 wird aus Bayern berichtet, dass in den bayerischen Grundschulen 6,4 Prozent aller Klassen bis zu 15 Schüler haben, 35,8 Prozent 16 bis 20, 48,5 Prozent 21 bis 25 und 9,3 Prozent mehr als 26 (Bayerisches Staatsministerium 2015, S. 47).
- Ähnliches gilt für Brandenburg: Im Schuljahr 2014/15 hatten dort 5,4 Prozent aller Grundschulklassen bis 15, 30,6 Prozent 16 bis 20, 50,7 Prozent 21 bis 25 und 13,3 Prozent 26 oder mehr Kinder (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2015, S. 16).
- Eine noch kleinräumigere Ausdifferenzierung belegen Daten aus der bayerischen kreisfreien Stadt Kaufbeuren und dem Landkreis Ostallgäu: Dort arbeiteten im Schuljahr 2014/15 5,8 Prozent aller Grundschulklassen mit Klassengrößen bis 15, 43,2 Prozent von 16 bis 20, 41,1 Prozent von 21 bis 25 und 9,9 Prozent mit Frequenzen von 26 und höher (eigene Berechnungen nach www.schulamt-oal.de – Abruf vom 24.4.2016)
- Dass es derartige Ausdifferenzierungen innerhalb der Länder nicht nur bei den Klassenfrequenzen, sondern z.B. auch bei den je Schülerin und Schüler erteilten Unterrichtsstunden gibt, darauf verweist der Niedersächsische Landesrechnungshof 2013 in seiner Prüfmitteilung zur ‚Wirtschaftlichkeit kleiner Grundschulstandorte‘. Folgt man den dort präsentierten Daten, so entfielen auf 3,7 Prozent aller Schülerinnen und Schüler 1,87, auf 47,1 Prozent 1,53, auf 17,8 Prozent 1,35 und auf 31,4 Prozent nur 1,28 Lehrerwochenstunden (eigene Berechnungen nach Niedersächsischer Landesrechnungshof 2013, S. 11).

- **Eingesetzte Ressourcen dienen auch der Finanzierung der Ganztagschulen**

Deutschlandweit besuchten 2014/15 insgesamt 27,1 Prozent aller Grundschülerinnen und Grundschüler Ganztagschulen – bei starken Unterschieden zwischen den Bundesländern (vgl. Tabelle 11): In Hamburg galt dies mit 96,7 Prozent für nahezu alle Schülerinnen und Schüler, in Mecklenburg-Vorpommern dagegen nur für 1,4 Prozent. Bei ihren Ganztagsangeboten unterscheiden sich die einzelnen Bundesländer hinsichtlich der Anteile von offenen und gebundenen Ganztagschulen (Anteilswerte in der gebundenen Form: 0,5% bis 29,7%, in der offenen Form: 3,1% bis 79,8%). Auch bezüglich des zeitlichen Umfangs der je Woche im Ganztagsbereich vorgesehenen ‚Mehrzeit‘ unterscheiden sich die Länder stark: Einzelne erfüllen gerade die KMK-Mindestvorgabe (an drei Tagen der Woche sieben Zeitstunden), andere machen Angebote an bis zu fünf Tagen von täglich bis zu acht Zeitstunden (vgl. Klemm/Zorn 2016, S. 28). In dem Umfang, in dem im Ganztagsbereich Lehrkräfte eingesetzt werden, erhöhen sich in den Ländern, die dies tun, die Ausgaben je Schülerin und Schüler. Bei Ländern, die ihre Ganztagsangebote in Verbindung mit Horten organisieren, fließen die Personalausgaben nicht in jedem Fall in die Ermittlung der Ausgaben je Schüler ein. Dies muss bei länderspezifischen Vergleichen der Ausgaben je Schülerin und Schüler berücksichtigt werden.

- **Eingesetzte Ressourcen dienen auch der Finanzierung der Inklusion**

Im Durchschnitt aller Bundesländer haben 3,2 Prozent aller Grundschülerinnen und -schüler einen diagnostizierten sonderpädagogischer Förderbedarf, werden also in den Grundschulen inklusiv unterrichtet. Auch hier findet sich wieder eine Spannweite, die von 1,7 Prozent bis hin zu 4,7% reicht (vgl. Tabelle 12). Wenn auch in einem sehr unterschiedlichen Ausmaß und nach gleichfalls unterschiedlichen Verfahren erhalten die Grundschulen aller Bundesländer für ihre inklusiv unterrichteten Kinder zusätzliche Personalressourcen. Neben dem unterschiedlichen Ausmaß dieser Zusatzmittel unterscheiden sich die Länder in diesem Bereich auch dadurch, dass die für Inklusion bereit gestellten zusätzlichen Lehrerstellen in einem Teil der Länder an Förderschulen oder Förderzentren, in anderen Ländern auch an den einzelnen Grundschulen verankert und gezählt werden. Da keine Schulstatistiken, die über das Ausmaß und die Zuordnung von inklusionsbedingten Lehrerstellen Aufschluss bieten würde, verfügbar sind, muss darauf hingewiesen werden, dass länderspezifische Vergleiche der Ausstattung von Grundschulen mit Lehrerstellen nur beschränkt aussagefähig sein können.

Insgesamt verweisen die hier präsentierten Hinweise auf kleinräumigere Ausdifferenzierungen, auf unterschiedliche Ausbaugrade im Bereich der Ganztagsgrundschule sowie auf die länderspezifischen Entwicklungsstufen und Finanzierungsmodalitäten beim Ausbau inklusiv arbeitender Grundschulen auf erhebliche Datenlücken. Angesichts dieser Hinweise und der bereits im ersten Abschnitt dieser Expertise aufgegriffenen Anmerkungen zur Erklärung länderspezifischer Unterschiede bei den Ausgaben je Schülerin und Schüler, die seitens der KMK gegeben werden (insbesondere Pflichtstunden der Lehrkräfte in den Ländern, unterschiedliche Lehrergehälter und Unterschiede in der Ausgestaltung der Lernmittelfreiheit – vgl. Absatz 1 dieser Expertise), wird empfohlen, Datenlücken durch differenziertere Erhebungen seitens der Verwaltung und der Bildungsforschung zu schließen. Nur so kann auf Dauer die Grundlage für eine Politik geschaffen werden, die dazu beiträgt, dem Auftrag des Grundgesetzes nachzukommen: der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet.

Literatur/Quellen

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Statistischer Bericht – Allgemeinbildende Schulen im Land Brandenburg - Schuljahr 2014/15. Potsdam 2015
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2014. Bielefeld 2014
- Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst: Schule und Bildung in Bayern 2015. München 2015
- Klemm, K./Zorn, D.: Die landesseitige Ausstattung gebundener Ganztagschulen mit personellen Ressourcen. Gütersloh 2016
- Klemm, K./Hollenbach-Biele, N.: Nachhilfeunterricht in Deutschland: Ausmaß – Wirkung – Kosten. Gütersloh 2016
- KMK: Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland – Statistik 2010 bis 2014. Berlin 2016a
- KMK: Sonderpädagogische Förderung in Schulen 2005 bis 2014. Berlin 2016b
- KMK: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen. Bonn 2001 und Berlin 2015
- KMK: Wochenpflichtstunden je Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2013/14 (Stand: August 2013)
- Niedersächsischer Landesrechnungshof: Wirtschaftlichkeit kleiner Grundschulen. Hildesheim 2013
- OECD: Bildung auf einen Blick 2015. OECD Indikatoren. Paris 2015

Statistisches Bundesamt: Bildungsausgaben – Ausgaben je Schülerin und Schüler 2013.
Wiesbaden 2016

Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Private Schulen Schuljahr 2014/15. Fachserie
11 Reihe 1.1. Wiesbaden 2015a

Statistisches Bundesamt: Bildungsausgaben – Ausgaben je Schülerin und Schüler 2012.
Wiesbaden 2015b

Statistisches Bundesamt: Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler im Haushaltsjahr 2000.
Pressemitteilung vom 19.3.2003

www.schulamt-oal.de (Abruf vom 24.4.2016)